



ACHT TISCHE

# Wenn Medienmacher und Politik gemeinsame Nenner für Journalismus suchen

Experiment "Acht Tische für die vierte Gewalt": Medien, Wissenschaft, Recht, Politik, Zivilgesellschaft finden zu Empfehlungen, die dennoch nicht alle unterschreiben würden

Analyse / Harald Fidler

16. November 2025, 10:57

[📖 Später lesen](#)

Es war ein Experiment: Können sich mehr als 60 Medienunternehmer und Managerinnen, Journalistinnen und Chefredakteure, Politikerinnen und Rechtsexperten, Wissenschaftler und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft in 26 Stunden auf gemeinsame Ziele für Österreichs Medienpolitik, vor allem für die Medienförderungen einigen?

Am Ende der Klausur "Acht Tische für die vierte Gewalt" standen zehn Empfehlungen – aber nicht alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer würden jede von ihnen ohne Wenn und Aber unterschreiben, andere hatten unmittelbar vor der Veranstaltung noch abgesagt, um nicht dabei gewesen zu sein.

Zu dem Experiment hatten [Sebastian Loudon, Herausgeber und Gründer der Datum-Stiftung für Demokratie und Journalismus, und die Produzentin und Aktivistin Gabriela Bacher \("Ein Versprechen für die Demokratie"\)](#)

[\[http://www.derstandard.at/story/3000000293402/medienfoerderungen-reformieren-da-liegt-vieles-im-argen\]](http://www.derstandard.at/story/3000000293402/medienfoerderungen-reformieren-da-liegt-vieles-im-argen) geladen.

Eine Vielzahl an Empfehlungen wurden an den acht Tischen diskutiert, erarbeitet, ausgesucht und zusammengelegt, dann vom Team der Veranstalter noch einmal verdichtet. In einer geheimen Abstimmung über das Onlinetool Mentimeter.com wurden zehn Empfehlungen mit der höchsten Zustimmung unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ermittelt. Klar war auch aus den Diskussionen und Positionen: Nicht alle an den acht Tischen stehen hinter jeder einzelnen Empfehlung. Regierungsinserate zu deckeln etwa unterstützen die Vertreterinnen von Branchenverbänden und Privatradios bisher nicht in der Form.



Sebastian Loudon (Datum Stiftung) und Gabriela Bacher (Ein Versprechen für die Republik) riefen Medienbranche, Politik und Zivilgesellschaft zusammen, um die Zukunft des Journalismus zu diskutieren.

Regine Hendrich

Einige Formulierungen lassen sich weit interpretieren, einzelne könnte man als formal schon umgesetzt sehen – etwa mit Hinweis auf das bestehende fächerübergreifende Unterrichtsprinzip Medienbildung. Gemeint sind weiter gehende Anstrengungen in diese Richtung.

**Zehn Empfehlungen in 26 Stunden: Die meisten Stimmen erhielten diese Punkte**

- *Ein einheitliches Förderwesen wird vom Gesetzgeber festgelegt. Dieses umfasst objektivierbare, messbare Kriterien, die medienneutral, niederschwellig, innovationsfördernd und nachhaltig ausgestaltet sein und Bedacht auf Medienvielfalt und Compliance nehmen sollten. Vergeben wird die Förderung durch eine unabhängige, sturmsichere Institution.*
- *Grundvoraussetzung für den Erhalt einer Förderung soll es sein, anerkannte Standards für die journalistische und publizistische Arbeit einzuhalten und diese kontinuierlich transparent zu machen. Es wird ein offener, punktebasierter Kriterienkatalog definiert. Verantwortlich sind Gesetzgeber und Medienschaffende.*
- *Eine Förderungsarchitektur aus einem Guss wird eingeführt. Anwendung und Kontrolle erfolgen in größtmöglicher Unabhängigkeit, gesichert durch eine "Firewall".*
- *Die Medienförderung des Bundes fokussiert sich auf zukunftsfähige und resiliente Geschäftsmodelle. Die Mittel werden maximal staatsfern und nach transparenten Kriterien durch eine unabhängige Fachjury vergeben. Ihre Wirkung wird gemessen.*
- *Regierungsinsätze werden im europäischen Benchmarking gedeckelt und die freiwerdenden Mittel werden dazu genutzt, die Medienförderung aufzustocken.*
- *Die journalistische "Creator Economy" und Neugründungen werden Teil des Fördersystems.*
- *Big Tech Plattformen werden effizient reguliert. Im Fokus stehen insbesondere Jugendschutz, Urheberrecht, Inhalteverantwortung, Steuerfairness und Transparenz. Der Zugriff auf Werbeerlöse der Plattformen als Sanktionsmöglichkeit ist sachgerecht.*
- *Europäische Alternativen zu Big Tech Angeboten werden durch Ausbau des European Public Open Space geschaffen, im Schulterschluss zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (EBU), Verleger:innen und privaten elektronischen Medienanbieter:innen.*
- *In Schulen wird "Medien und Demokratie" als fächerübergreifende Kompetenz eingeführt. Das Informationsfreiheitsgesetz wird durchgesetzt.*
- *Die Pluralität der Medienlandschaft und die Existenz des ORF mit Programmnormen und gesicherter Finanzierung sind ins B-VG (Bundesverfassungsgesetz) aufzunehmen.*

*(Wiedergegeben wörtlich in den Formulierungen der Klausur)*

## Überraschende Gemeinsamkeiten

Die Empfehlungen am Ende waren aber vielleicht nicht das wichtigste Ergebnis der zweitägigen Klausur, die gemeinhin sehr unterschiedliche Positionen von Unternehmern und Managerinnen, Chefredakteuren angestellten und freien Journalistinnen, ORF, Privatsendern und Zeitungen, Medienpolitik und Wissenschaft, rechtskundigen Menschen wie Medienanwältin, Legist und Richter, Aktivistinnen und Interessensvertreter in einen Raum brachte.

Die so unterschiedlichen Einflugschneisen und Blickwinkel auf Journalismus und Medien fanden sich am ersten Tag unerwartet schnell und einhellig bei gemeinsamen Wunschvorstellungen für die Branche und die Gesellschaft wieder. Abstrakt und allgemein genug, um die Differenzen im Detail gemeinsam zu überfliegen, und doch ein ermutigendes Signal, wie nicht nur Veranstalter Sebastian Loudon unterwegs feststellte.

Es waren sehr allgemeine Wünsche für das Jahr 2030 und doch sehr zentrale für die Zukunft des Journalismus und der Demokratie:

- "Mehr Menschen nutzen, vertrauen und zahlen für Journalismus."
- "Die Anzahl journalistischer Anbieter und Formate sowie die Sichtbarkeit von Vielfalt und Perspektiven ist gestiegen."
- "Die Tech-Plattformen sind reguliert und europäische Alternativen existieren."
- "Die Medienkompetenz ist gestiegen."
- "Es gibt gesellschaftlich akzeptierte Qualitätskriterien als Voraussetzung für Förderungen und Inserate."
- "Österreichs Mediensystem und Demokratie sind resilient und sturmsicher."
- "Der Vertrauensindex in Medien und Demokratie ist gestiegen."
- "Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gestärkt, Polarisierung vermindert und Diskursfähigkeit gestärkt."
- "Förderungen sind maximal staatsfern, transparent und unabhängig."
- "Es gibt einen Wettbewerb um den besten Journalismus, Unternehmen expandieren und ein Ökosystem für innovative Formen des Journalismus existiert (Newsfluencer)."

Diesen gar nicht kleinen gemeinsamen Nenner fanden die im Detail doch sehr unterschiedlich positionierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr einhellig. Zumindest jene, die tatsächlich an die "Acht Tische" ins Tagungszentrum nach Hernstein gekommen waren.

Die FPÖ hatten die Veranstalter nicht eingeladen mit Verweis auf ihre Positionen in den Regierungsverhandlungen mit der ÖVP, in denen sie sich gegen Qualitätskriterien und Faktizität als Kriterium für öffentliche Mittel an Medien ausgesprochen hatten; zudem auf Drohungen, Medien wegen kritischer Berichterstattung Förderungen streichen zu wollen.

Boulevardmedien waren laut Veranstaltern eingeladen, hatten aber erst gar nicht zugesagt.

Der große Medienkonzern Styria, für den vier Managerinnen, Chefredakteurinnen und Journalisten zugesagt hatten, wollte lieber doch nicht dabei gewesen sein und sagte am Vorabend der Veranstaltung kurzfristig und doch für die Veranstalter überraschend ab. Man verwies nun darauf, dass der Zeitungsverband VÖZ die große Mediengruppe an den "Acht Tischen" mit vertrete. Sie haben ein erhellendes, Verständnis förderndes, vielleicht sogar einigendes Experiment verpasst.

#### Wie Österreich und Dänemark fördern

**Österreich** hat ein historisch gewachsenes Medienfördersystem mit einer Vielzahl von Förderungen von acht Millionen Euro Presseförderung für tägliche und wöchentliche Kaufzeitungen über eine sogenannte Qualitätsjournalismusförderung von 20 Millionen, die sich vor allem an der Zahl der beschäftigten Journalistinnen und Journalisten orientiert. Eine Digitaltransformationsförderung (20 Millionen), die Projekte und Anreiz zum Umstieg fördert, und 31,25 Millionen für kommerzielle und nicht kommerzielle Privatsender. Es gibt einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für gedruckte Zeitungen, Zeitschriften, Bücher.

Für 2026 plant Österreichs Regierung eine Zustellförderung (25 Millionen Euro) und eine Förderung von journalistischen Angeboten und Medienkompetenz für junge Menschen (30 Millionen Euro).

Ein Teil der österreichischen Medienförderungen wird von der unabhängigen Medienbehörde KommAustria vergeben, ein anderer vom Geschäftsführer des Medienbereichs der Rundfunk- und Telekomregulierung RTR GmbH.

**Dänemark.** Bei "Acht Tische für die vierte Gewalt" präsentierte Medienwissenschaftler Aske Kammer von der dänischen Roskilde

University die dänische Medienförderung. Dort gibt es (grob zusammengefasst) eine Basisförderung im Umfang von 55 Millionen Euro pro Jahr, bemessen nach der Zahl der beschäftigten Journalistinnen und Journalisten. Weitere rund 55 Millionen Euro bringe den Medien eine Mehrwertsteuervergünstigung. 2,5 Millionen Euro Medienförderung würden für Innovationen und Startups vergeben. Kriterien sind laut Kammer eher allgemein gehalten, etwa redaktionelle Inhalte zu Politik, Gesellschaft und Kultur sowie Regionalberichterstattung

Laut Kammer profitierte und profitiert etwa auch das Vorzeigeprojekt für mitgliederfinanzierte Mediengründungen *Zetland* wesentlich von der dänischen Medienförderung. Das Fördervolumen würde den von *Zetland* ausgewiesenen Gewinn auch heute übersteigen; das gibt es auch bei österreichischen Medien.

In Dänemark entscheidet ein Fördergremium über die Subventionen; fünf Mitglieder bestimmt der Kulturminister oder die Kulturministerin, je eines der Medienverband und die Interessenvertretung der Journalistinnen und Journalisten. Der Presserat ist in Dänemark ein Organ der Co-Regulierung von Staat und Branche, die Teilnahme ist dort Bedingung für Medienförderungen.

(Harald Fidler, 16. November 2025)

**Compliance-Hinweis** Der Autor nahm am vergangenen Donnerstag und Freitag an der Klausur "Acht Tische für die vierte Gewalt" teil. Die Veranstalter übernahmen die Kosten für Übernachtung und Essen. Die Veranstaltung wurde unterstützt von Erste Stiftung, RD Foundation Vienna, Industriellenvereinigung, Anton Schneider, Wirtschaftskammer Wien, #aufstehn, t.b.m. Moderation.

#### Mehr zum Thema

[Medienförderungen reformieren: "Da liegt vieles im Argen"](#)

<http://www.derstandard.at/story/3000000293402/medienfoerderungen-reformieren-da-liegt-vieles-im-argen> (Interview Loudon und Bacher)

#### Wie finden Sie den Artikel?



#### Ist dir Qualitätsjournalismus wichtig?

Wir vom STANDARD recherchieren unabhängig, ordnen ein, hinterfragen kritisch. Wir liefern verifizierte Fakten, fundierte Analysen und Perspektiven, die über den Tellerrand hinausgehen.

Das ist nur möglich, weil wir auf eine treue Leserschaft zählen können. Menschen wie dich, die journalistische Qualität schätzen und sich auch in Zukunft ein liberales, unabhängiges Nachrichtenmedium wünschen.

**Dein Beitrag von heute ermöglicht Qualitätsjournalismus von morgen.**

Beitrag leisten 

## So gefährlich sind Österreichs Rechtsextreme | Österreich, erklärt

So gefährlich sind Österreichs Rechtsextreme | Österreich, erklärt  
DER STANDARD

11 : 18

*watch on*

DER STANDARD

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2025

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.  
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.